

---

[zurück zum Index](#)

[zurück zur Übersicht - Israel, oh Israel](#)

---

## **Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost**

Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost wurde 2003 in der Bundesrepublik gegründet, um gemeinsam mit jüdischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen anderer Länder und Kontinente gegen die in Israel – vorgeblich im Interesse „aller Juden der Welt“ - praktizierte rassistische Politik gegenüber Palästinensern aufzustehen. Seitdem erklären wir als Juden und Jüdinnen öffentlich und demonstrativ: „Nicht in unserem Namen!“

Das Selbstverständnis aller Regierungen Israels seit Staatsgründung, das zweierlei Rechtsstandards für jüdische und nichtjüdische Bürger, vor allem aber Gesetze des Ausschlusses und der Benachteiligung von christlichen und muslimischen Einheimischen kennt, macht Palästinenser de jure zu Menschen zweiter Klasse. Wir lehnen diese Apartheidgesetze, die sowohl in den von Israel seit dem Junikrieg 1967 besetzt gehaltenen Gebieten als auch innerhalb der international anerkannten Landesgrenzen geltend gemacht werden, moralisch und politisch ab. Wir haben die „Jüdische Stimme“ in Deutschland gegründet, um nicht zuletzt hierzulande für einen gerechten Frieden in Nahost zu werben und von der Bundesregierung zu fordern, Israel zur Einhaltung der internationalen Rechtsstandards zu bewegen. Israel muss zur Abkehr von der illegalen Besatzungs-, vor allem aber von einer rassistischen Ausgrenzungs- und Unterdrückungspolitik gegenüber Palästinensern bewegt werden. Nötigenfalls durch die Androhung oder den Einsatz diplomatischer, wirtschaftlicher und außenpolitischer Sanktionen, wie sie gegenüber anderen Ländern, die sich völkerrechtlicher Verstöße schuldig machen, gang und gäbe sind. (...)

Wir stehen gegen rassistische Ghettoisierung des palästinensischen Gaza sowie die illegale Unrechtspolitik der israelischen Regierung im besetzten Westjordanland, die Siedler, Soldaten und sonstige Rassisten dort ermutigt, palästinensische Häuser

anzuzünden und schlafende Familien zu verbrennen, Kinder zu knebeln oder zu erschießen, schwangeren Frauen an Grenzkontrollstellen den Durchgang zur Entbindungsstation zu verweigern.

Wir stehen gleichermaßen gegen die rassistische Asyl- und Migrationspolitik der bundesdeutschen Regierung sowie gegen das – in großen Teilen aus der Zeit des NS-Regimes stammende – deutsche Ausländer(un)recht, die alles in allem gewalttätige Übergriffe auf unschuldige Menschen motivieren. Wie konnte es dazu kommen, dass vor dem historischen Hintergrund der unmenschlichsten Konzentrationslager der Nationalsozialisten Asylsuchende in der Bundesrepublik jahrzehntelang nur in Lagern unterkommen durften? Wie sind jene „Unterkünfte für Unerwünschte“ zu rechtfertigen, die sich oftmals in Wäldern, fernab von jeder Urbanität gelegen, als Zielscheibe für Anschläge geradezu anboten? (...)

In Deutschland brennen wieder Menschenunterkünfte und Menschen. Von mehr als 300 Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte ist die Rede. Eine menschenverachtende Abschreckungspolitik der Regierung ermutigt auch hierzulande Bürger, die offiziell als „unerwünscht“ gebrandmarkten, in Selbstjustiz gewalttätig abzuweisen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die „Jüdische Stimme“ an die Seite der antirassistischen und menschenrechtspolitischen Nichtregierungsorganisationen sowie der vielen Gruppen und Einzelpersonen, die sich aktiv mit den Ausgegrenzten solidarisieren. (...)

September 2015      [www.juedische-stimme.de](http://www.juedische-stimme.de)

---

[zurück zum Index](#)

[zurück zur Übersicht - Israel, oh Israel](#)

---